

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2016

Nr. 01 · 12. Jahrgang

Für ein solidarisches Brandenburg – wir sind dabei

Die Ankunft tausender vor Krieg, Verfolgung und menschenunwürdigen Lebensumständen geflüchteter Menschen in unserem Land stellt für alle Beteiligten eine Herausforderung dar. Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in den vergangenen Monaten geholfen, ehrenamtlich und ohne lange zu zögern.

Wir erwarten, dass auf europäischer Ebene und seitens der Bundesrepublik Deutschland alles getan wird, um die Ursachen der Flucht ohne militärische Einmischung zu beheben.

In Brandenburg werden wir uns allen entgegenstellen, die eine weltoffene und solidarische Gesellschaft in Frage stellen. Wir werden Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land nicht zulassen.

Die Brandenburger Landesgruppe der LINKEN im Bundestag will sich im Bündnis für Brandenburg an der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Integration der zu uns kommenden Menschen beteiligen. Ihre Bemühungen um Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft wollen wir unterstützen.

Dr. Kirsten Tackmann (Sprecherin der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag); Birgit Wöllert; Thomas Nord; Norbert Müller; Harald Petzold (FOTO).



Droht Potsdams Schulen eine Versorgungslücke?

Die derzeit im Haeckelkiez befindliche Gesamtschule Leonardo-da-Vinci soll zum Schuljahr 2016/17 an ihren neuen Standort an der Esplanade unweit der Biosphäre umziehen. Am Schulstandort Haeckelstraße soll daraufhin ein Gymnasium eröffnet und die ebenfalls auf dem Gelände ansässige Zeppelin-Grundschule erweitert werden. Da das Gelände für eine Gesamtschule und eine Grundschule leider zu klein ist, war die 2011 eröffnete Da-Vinci-Gesamtschule von Anfang an nur provisorisch dort untergebracht, bis der Neubau im Norden der Stadt fertig gestellt ist.

Nun könnte jedoch die geplante Eröffnung des Neubaus im Sommer platzen, da unlängst erhebliche Baumängel in der Betondecke des Eingangsbereichs bekannt wurden. Dies ist auch insofern brisant, da der Beschluss zur Eröffnung des laut Schulentwicklungsplan vorgesehenen Neuen Gymnasiums in der Haeckelstraße erst in der Novembersitzung des Bildungsausschusses beschlossen wurde – da hieß es



seitens des Kommunalen Immobilien Service KiS noch, der Eröffnungstermin des Neubaus wäre sichergestellt. Um die steigende Zahl Potsdamer SchülerInnen zu versorgen ist die Eröffnung des neuen 3-zügigen Gymnasiums im kommenden Schuljahr auch unbedingt notwendig, ebenso wie die vorgesehene zusätzliche 1. Klasse in der Zeppelin-Grundschule.

Sollte der Umzugstermin nicht einhaltbar sein, muss noch im Januar eine für

alle Betroffenen tragbare Zwischenlösung gefunden werden, da die Schulanmeldungen im Februar erfolgen. Hierbei müssen die betroffenen 3 Schulen unbedingt beteiligt werden, um sicherzustellen, dass bei einer Notlösung der Bildungsauftrag der Schulen weiterhin adäquat erfüllt werden kann und es nicht für SchülerInnen und LehrerInnen zu einer Belastungsprobe wird. Ein 1. klärendes Gespräch des KiS mit den 3 Schulen ist am 06.01.16 geplant und bringt hoffentlich Fortschritte.

Hinzu kommt das Problem, dass laut Brandenburgischem Schulgesetz immer der aktuelle Schulstandort für die Aufnahme von SchülerInnen entscheidend ist – das war bereits im vergangenen Schuljahr für SchülerInnen aus dem Potsdamer Norden ärgerlich, die mit Blick auf den Umzug gern auf die Da-Vinci-Schule gegangen wären und könnte nun erneut zu langfristig längeren Fahrtwegen führen.

Tina Lange

Trotz alledem!

Gedenken an Karl und Rosa

Die jährliche Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zum Gedenken an die am 15. Januar 1919 ermordeten revolutionären Sozialisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg findet regelmäßig um das Datum ihres Todestages, am zweiten Januarwochenende – in diesem Jahr am 10. Januar –, in Berlin statt und verläuft dort vom Frankfurter Tor bis zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde.

Und es ist eine gute Tradition, dass auch PotsdamerInnen im Januar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedenken. So am 15. Januar, um 17.00 Uhr, vor dem Haus Hegelallee 38, dem ehemaligen SPD-Vereinslokal, in dem Karl Liebknecht 1914 von seinen Genossen den Auftrag erhielt, im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen.

Und schließlich findet die große Potsdamer Gedenkveranstaltung zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 17. Januar 2016, ab 11.00 Uhr, im Neuen Lustgarten Potsdam am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“ statt.



Informationen der Redaktion:

Die Februar-Ausgabe der „Potsdamer anderen Seiten“ erscheint am Dienstag, 02. Februar 2016. Im Mittelpunkt stehen in dieser Ausgabe die Bereiche „Waldstadt und Schlaatz“. Redaktionsschluss ist am 19. Januar.

Die Redaktion

Kalenderblätter des Monats Dezember



Wilhelm Pieck geboren

Friedrich Wilhelm Reinhold Pieck wird am 3. Januar als Sohn eines Kutschers geboren. Er wuchs in Guben auf, sein Elternhaus stand im östlichen Teil der Stadt, dem seit 1946 polnischen Gubin. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Tischlergeselle entwickelte sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs von 1914 bis 1918 und der Novemberrevolution von 1918 vom linken Sozialdemokraten zu einem Kommunisten der ersten Stunde. Wilhelm Pieck war nicht nur maßgeblich an der Gründung der KPD beteiligt, er leitete während der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933



bis 1945 auch die Exil-KPD und trug in den unmittelbaren Nachkriegsjahren entscheidend zur Fusion von SPD und KPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bei. Als SED-Vorsitzender und als Staatspräsident gehörte er auch zu den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik.



Schulgeldbeihilfen „möglich“

Der Vorstand der Garnisonschule Potsdam teilt am 2. Januar die Möglichkeit von Schulgeldbeihilfen mit; solche können gezahlt werden... „a. für Bedürftige nicht

auf väterlicher Seite verwaiste Kinder, deren Väter mit Anspruch auf die Zivilversorgung aus dem Heere geschieden sind, b. für bedürftige Waisen der im Dienst bzw. in Folge des Dienstes verstorbenen Unteroffiziere und Gemeinen, soweit der Schulverband zur kostenfreien Gewährung des Unterrichts nicht verpflichtet ist.“ (PT, 02. 01. 1901)



„Rettet die Kinder“

Auf der Tagung des Kontrollausschusses für die Aktion „Rettet die Kinder“ am 12. Januar führt Frau Dr. Eberlein von der Provinzialregierung Brandenburg u.a. aus: „Wir haben einen enthusiastischen Kampf zu

führen, der nur als Solidaritätsaktion zum vollen Erfolg führen kann. Damit bauen wir an einem neuen Deutschland, denn nur die Kinder, die allein unschuldig sind, können unser Werk fortführen. In dem Geist Pestalozzis, dessen 200. Geburtstag heute ge-

feiert wird, wollen wir unsere Arbeit vorwärts treiben. Helft unseren Kindern!“ Vorgesehen wird die Einrichtung von 50 Stützpunkten und vier Hauptstützpunkten in der Provinz Brandenburg für die Aktion „Rettet die Kinder“. -rt



Besuch in Cecilienhof

Eine sowjetische Regierungsdelegation unter Leitung von K. J. Woroschilow, Marschall der Sowjetunion und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (1953 - 1960), besucht am 5. Januar die Gedenkstätte Cecilienhof. In das Gästebuch wird einge-



schrieben: „Die sowjetische Delegation... hat mit großem Interesse die Gedenkstätte Cecilienhof besichtigt, wo J. W. Stalin gemeinsam mit den Regierungschefs der USA und Englands das historische Potsdamer Abkommen unterzeichnete, das den unerschütterlichen Willen und die Entschlossenheit der friedliebenden Völker verkörpert, die Sache des Friedens zu vertreten und niemals mehr eine Wiederholung der Aggression seitens des deutschen Militarismus zuzulassen. Dieses Abkommen legte den Grundstein für eine demokratische Entwicklung in Deutschland und ist eine wichtige Etappe im Kampf der Völker um den Frieden“.



Musik im Haus der Offiziere

Im „Jazz-Konzert des Monats“ tritt am 12. Januar im ausverkauften Haus der Offiziere (Hegelallee) die britische Band Acker Bilk auf. Sie „...servierte dem begeisterten Publikum Modern Jazz. Besonders herzlichen Beifall spendeten die Besucher, als Mr. Acker Bilk (Klarinette) seinen Erfolgstitel ‚Stranger on the shore‘ darbrachte...“ (MV, 14. 01. 1966) Am 31. Januar gastiert die „Schwarze Katze aus Paris“, die Chansonette Juliette Gréco, ebenfalls im Haus der Offiziere. „Was die Zuschauer neben der so wunderbar warmen Stimme so begeisterte, war die vollkommene Einheit von Stimme, Erscheinung und Bewegung.“ (MV, 01. 02. 1966)

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Brandenburg zeigt Herz – weil es um Menschen geht“



Diesen Titel trägt eine Initiative der Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände gemeinsam mit Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verwaltungen, politischen Interessenvertretungen und Wirtschaftsorganisationen. Dieser Initiative schließt sich die Landtagsfraktion der LINKEN an und wirbt mit diesem Foto dafür.

Bessere Bezahlung gegen Fachkräftemangel

Norbert Müller (MdB, DIE LINKE) zu Gast bei der Jugendorganisation der Gewerkschaft Deutscher LokomotivführerInnen

„Wir lehnen das Tarifeinheitsgesetz ab. Wenn nur noch die größere Gewerkschaft in einem Betrieb die Tarifverträge durchsetzen, ist das ein großer Eingriff ins Streikrecht. Ich bin mir sicher, dass die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg haben wird.“ - Mit diesen Worten stieg ich als Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE, in die Diskussion des Bundesjugendausschusses (BJA) der GDL vom 2. bis 4. November 2015 in Mannheim ein. Der BJA hatte mich zu seiner Tagung eingeladen – und einer solchen Einladung folgte ich natürlich gerne.

DIE LINKE hat den Streik der GDL unterstützt, der trotz aller Beeinträchtigungen auf große Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen ist. Am Ende war ich persönlich auch ein wenig stolz darauf, dass mit Bodo Ramelow der erste linke Ministerpräsident Deutschlands für die GDL in die erfolgreiche Schlichtung entsandt wurde. Auf der anderen Seite saß als Schlichter für die Deut-

sche Bahn Matthias Platzeck, der ehemalige Brandenburger Ministerpräsident. Mit ihm hatte zwar auch ein Sozialdemokrat einen wichtigen Anteil am Ende des Streiks, doch das rettete für mich die gewerkschaftliche Ehre der SPD auch nicht mehr. Das von Andrea Nahles initiierte Tarifeinheitsgesetz war ein erneuter Sündenfall der Sozialdemokratie vor ihrer Arbeitergeschichte. Um die Bahnprivatisierung voran zu treiben nahm die Bundesregierung den LokomotivführerInnen den Beamtenstatus und gab ihnen damit das Streikrecht in die Hand. Als diese ihr Recht in Anspruch nahmen und die Deutsche Bahn und damit den Eigentümer, die Bundesrepublik, unter Druck setzten, reagierte der Eigentümer, der gleichzeitig Gesetzgeber ist, mit dem Tarifeinheitsgesetz gegen den Streik. Das hat mit sozialdemokratischer Politik nichts zu tun. Das ist staatliche organisierte Gewerkschaftsfeindlichkeit.

Aber starke Gewerkschaften sind aus

meiner Sicht absolut notwendig, um der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Zunahme prekärer Beschäftigung und dem permanenten Rationalisierungsdruck entgegen zu treten. Die großen Einzelgewerkschaften haben sich diesen Prozessen seit den goer-Jahren zu wenig entgegengestellt und in der Folge hunderttausende Mitglieder verloren.

In der GDL sieht das derzeit anders aus, wie mir der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Norbert Qwitter erklärte. Er berichtete, dass die GDL wachse, da sie sich um die spezifischen Probleme ihrer Mitglieder kümmere. Und eines der Hauptprobleme der jungen LokomotivführerInnen und ZugbegleiterInnen seien der Schichtdienst und die Arbeitszeit. Allen, die sich für einen Job auf der Schiene entscheiden, sei zwar klar, dass Früh-, Spät- und Nachtschichten dazu gehören. In der Realität sähe es jedoch so aus, dass drei Wochenschichten hintereinander normal seien, die Schichtplanung von einem Tag auf den nächsten erfolgt und der normale Betriebsablauf nur durch Überstunden der Beschäftigten aufrecht erhalten wird.

Insgesamt war der Besuch für mich sehr interessant und zugleich hoch politisch. Ich gehe fest davon aus, dass DIE LINKE und die GDL nicht zum letzten Mal an einem Tisch gesessen haben.



Auch wenn die jungen KollegInnen nicht so aussehen: es sind super aktive GewerkschafterInnen und dazu noch erstaunlich kämpferisch. Links hinter mir Norbert Qwitter, stellvertretender GDL-Bundesvorsitzender. Neben mir Franziska Pudlich, Bundesjugendleiterin der GDL.

Nicht Hetze sondern Herz gehört auf unsere Straßen

Für uns als LINKE in Potsdam steht seit einigen Monaten die große Herausforderung jene Menschen aufzunehmen, die vor Terror, Krieg und Armut flüchten und in unserem Land Schutz und Asyl suchen.

Mehr Menschen als je zuvor organisieren sich in Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen. Sie sammeln Spenden oder sorgen für die gute Unterbringung der Geflüchteten. Es gibt schöne Projekte.

Aber es gibt auch die andere Seite. Dumpfer Hass, Vorurteile, Rassismus, dominieren den realen und virtuellen Stammtisch. PEGIDA oder deren bürgerlich-biedere Variante, die AfD, operieren mit Vorurteilen und Lügen, und ihnen folgen leider immer mehr Menschen.



Fragen der Bürger müssen beantwortet werden, Ängste genommen werden. Dabei müssen wir aber auch Flagge zeigen, wenn gehetzt wird, wenn angestachelt, wenn verunglimpft wird. Diejenigen, die Angst, Hass und Rassismus schüren und von „Überfremdung“ und „Asylschmarotzern“ sprechen, die müssen wir in die Schranken weisen! Wer die Willkommenskultur in diesem Land zerstören will, wird an uns und den vielen anderen in diesem Land scheitern! Auch dem, der im feinen Tweed Jacket durch Potsdam wandelt und von der Aussetzung des Asylrechts träumt, der Schließung der Grenzen das Wort redet oder gar die Flüchtenden mit den barbarischen Attacken in Paris in Verbindung bringt, dem müssen wir die rote Karte zeigen. Nach den feigen Angriffen in Paris sind wir solidarisch mit den Hinterbliebenen und den Menschen von Paris!

Wir werden es nicht zulassen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit salonfähig werden. Das ist jetzt unsere politische Herausforderung, der wir uns auch hier in Potsdam stellen. Damit nicht Hetze sondern Herz auf unseren Straßen herrscht!

Sascha Krämer

Einzelne „Wutbürger“ machen noch keine „Protestkundgebung“

Zu „Drewitz wehrt sich gegen Flüchtlingsunterkunft“, „MAZ“-Artikel vom 23.10.2015, Seite 19

Die Überschrift (in der „MAZ“, s.o.) erweckt den Eindruck, als ob sich eine Mehrheit der Einwohner ausdrücklich gegen die Flüchtlingsunterbringung wehrt. Mein Eindruck von dieser Versammlung und aus vielen Gesprächen war jedoch, dass sich der größte Teil der Anwesenden informieren wollte. Dass angesichts der schwer überschaubaren Entwicklung dabei auch Sorgen und Ängste, ob nun begründet oder nicht, eine Rolle spielen, kann nicht überraschen. Leider ist es jedoch einer kleinen Gruppe von teilweise lautstarken „Wutbürgern“ gelungen, der Veranstaltung zeitweise den Anschein einer „Protestkundgebung“ gegen die Flüchtlingsunterkunft zu geben. Die Methoden dabei sind nicht erst seit „Pegida“ bekannt, zum Beispiel unbewiesene Behauptungen aufstellen bzw. Falschinformationen verbreiten (Stichwort Kriminalität). Die Flüchtlinge müssen nun auch noch als Sündenbock für bekannte, sich nun zuspitzende, Probleme herhalten (Lehrermangel, Kita-Situation, Personalsituation bei der Polizei).

Die Versammlungsleitung wirkte nicht souverän genug, um hier gegenzuhalten – der teilweise im „Bürokraten-Deutsch“ gehaltene Vortrag der Sozialdezernentin Müller-Preinesberger leistete auch keinen Beitrag zur Versachlichung, sondern trug eher zur Zuspitzung der Stimmung bei. Mich ärgert die von Einigen lautstark vorgetragene Behauptung, man sei nicht informiert worden und müsse alles akzeptieren. Als engagierter Bürger, der seit 25 Jahren in Drewitz wohnt, weiß ich, dass es viele Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten gibt – leider werden diese viel zu wenig genutzt. Auch ich bin für eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung. Aber immer (nur) dann „Bürgerbefragungen“ zu fordern, wenn man sich selbst betroffen fühlt, zeugt von fehlendem Demokratieverständnis – und fehlender Kenntnis unserer Verfassung. Die Lektüre unseres Grundgesetzes, insbesondere der Artikel 1 bis 19 (Grundrechte), sollte man deshalb für alle Bürgerinnen und Bürger zur Pflicht machen (nicht nur für Flüchtlinge)!

Günther Waschkuhn,
Potsdam-Drewitz

Gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien und Irak

DIE LINKE fordert Stopp aller Waffen- und Rüstungsexporte/ Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen

In rekordverdächtigem Tempo preschte die Bundesregierung Anfang Dezember 2015 einen Antrag durch das Parlament, der die Entsendung von 1.200 Soldaten der Bundeswehr in einen Kampfeinsatz in Syrien und Irak vorsieht. Als Reaktion auf die Attentate von Paris soll die französische Luftwaffe bei ihrem Krieg mit Aufklärungstornados und Luftbetankung unterstützt werden. Das Szenario erinnert an die Reaktionen auf die Terroranschläge des 11. September 2001, der der US-Regierung und ihren Verbündeten zur Rechtfertigung des Krieges in Afghanistan diente. Die Erfahrungen haben gezeigt: Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Der Anti-Terror-Krieg hat den Terror nicht zurückgedrängt

Der IS ist eine Terrororganisation. Aber mit Bomben aus der Luft lässt er sich nicht stoppen. Seit dem Herbst 2014 greifen die USA im Bündnis mit anderen Staaten Ziele in Irak und Syrien an. Dabei haben sie im ersten Jahr mehr Bomben abgeworfen, als in den letzten fünf Jahren des Krieges in Afghanistan. Den Terrorismus hat das nicht zurückgedrängt – die Anschläge von Paris selbst zeugen davon.

Die US-Regierung hat im Herbst 2015 eingeräumt, dass der IS zwar zahlreiche Kämpfer durch die Angriffe verloren hat – ihre Gesamtzahl sei indessen nahezu unverändert geblieben. Mit anderen Worten: Bombardierungen aus der Luft stärken den IS politisch. Denn der IS kann immer neue Anhänger dazu gewinnen, solange er sich als Verteidiger der sunnitischen Bevölkerung



Irak: Im Flüchtlingslager Kawergosk hat dieser syrische Junge Zuflucht vor dem Bürgerkrieg in seiner Heimat gefunden.

präsentieren kann. Der IS kann nur dann nachhaltig geschwächt werden, wenn sich politisch im Irak und Syrien etwas ändert. Ungeachtet der Verheerungen durch Krieg und Unterdrückung gibt es in allen religiösen und nationalen Gemeinschaften in Syrien und Irak politische Kräfte, die für einen demokratischen Wandel stehen.

DIE LINKE muss auf die Stärkung solcher, konfessionsübergreifenden demokratischen Kräfte setzen. Aber auch in Deutschland selbst können wir etwas tun. Anstatt Millionen für einen militärischen Auslandseinsatz auszugeben, sollte die Bundesregierung mehr Mittel für zivile Zwecke bereitstellen, zum Beispiel zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, für mehr Lehrkräfte, oder zur Unterstützung von Hilfs-

organisationen und Freiwilligen in den Willkommensinitiativen.

Geld für Flüchtlinge statt für Bomben

Während die Regierungen in Berlin, Paris, Washington, Moskau und anderswo Milliarden ausgeben, um militärisch in Syrien und Irak zu intervenieren, fehlt das Geld für die Flüchtlinge in und aus diesen Ländern. Im November 2015 klagte das UN-Kinderhilfswerk Unicef, dass für die Versorgung syrischer Kinder bis zum Jahresende noch 250 Millionen fehlen würden. Mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Geldern könnten nur etwa 250.000 Mädchen und Jungen gut über den Winter gebracht werden. Versorgt werden müssten jedoch rund 1,1 Millionen Minderjährige unter anderem mit Decken, Winterkleidung und Heizmaterial.

Für Tornados, Fregatten, Militärsatelliten werden binnen einer Woche über 130 Millionen bereitgestellt – warum wird für die Flüchtlinge nicht mehr getan? Der Krieg hat auch Profiteure. Die internationale Rüstungsindustrie boomt. Und die Bundesregierung arbeitet daran, dass das so bleibt. Sie genehmigte auch 2015 wieder reichlich Waffen- und Rüstungsexporte in die Kriegsregion, darunter mehrere Panzer nach Katar, 15 Patrouillenboote nach Saudi-Arabien und 500 Maschinenpistolen in die Vereinigten Arabischen Emirate. Daneben stattete sie die kurdischen Peschmerga mit Tonnen an Kriegsmaterial aus. Israel erhielt im Laufe der vergangenen Jahre mehrere Kriegsschiffe. Diese Politik trägt ihren Teil dazu bei, dass den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten nie der Nachschub an Waffen und Rüstungsmaterial ausgeht. DIE LINKE fordert deshalb ein Stopp aller Waffen- und Rüstungsexporte.

Bundestagsabstimmungen am 04.12.2015

a) Soll die Bundeswehr in einen völkerrechtswidrigen Krieg mit völlig unkalkulierbaren Eskalationsgefahren entsandt werden, der klar dem Grundgesetz widerspricht?

 99% Ja	 83% Ja	 0% Ja	 5% Ja
-------------------	-------------------	------------------	------------------

b) Sollen Waffenexporte nach Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Bahrain, den Oman, den Irak, die Türkei sowie alle weiteren Länder des Nahen und Mittleren Ostens Länder gestoppt werden?

 0% Ja	 0% Ja	 100% Ja	 0% Ja
------------------	------------------	--------------------	------------------

Namentliche Auflistung der Stimmen:
<http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/2015>

Argumente gegen Vorurteile

LINKE Antworten in der
Flüchtlingsdebatte

„Deutschland hat genug Flüchtlinge aufgenommen, wir brauchen endlich eine Obergrenze und dann Grenzen dicht!“

Erstens: Das Asylrecht ist ein Grundrecht und Grundrechte kennen keine Obergrenze. Zweitens: Welches Problem wäre damit gelöst und welche Fluchtursache bekämpft? Hilft eine Obergrenze den ertrinkenden Kindern im Mittelmeer? Abschottung schafft nur die Geschäftsgrundlage für Schlepper. Drittens: Eine Obergrenze wird immer mit der „Belastungsgrenze“ begründet, die überschritten sei. Das betrifft aber Städte und Kommunen. Und die können viel mehr als bisher von der Bundesregierung, deren Finanzen bei Weitem nicht an der Belastungsgrenze sind, finanziell unterstützt werden.

„Krieg? Die meisten sind Wirtschaftsflüchtlinge und kommen nur wegen der Sozialleistungen.“

Nein, die Fluchtursache Nummer eins ist Terror, Krieg, Verfolgung in Syrien, Irak, Afghanistan und afrikanischen Ländern. Die Fluchtrouten sind oft sehr gefährlich, für viele tödlich. Niemand tut so etwas, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Es geht um ein Leben in Würde. Und da muss Deutschland helfen — allein schon wegen seiner Geschichte! Asylsuchende aus den Balkanstaaten werden schnell als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert. Sehr oft geht es dabei um Sinti und Roma: Zu ihrer Lage vor Ort schreibt der Europarat: „Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.“ Die Bundesregierung hat im Herbst drei weitere Balkanländer – den Kosovo, Montenegro und Albanien – als „sicher“ eingestuft. Wie absurd! Sicher ist dort niemand.

„Weil so viele Flüchtlinge kommen, gibt es kaum noch Wohnungen.“

Das stimmt nicht. Schon vorher gab es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen. Statt Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen, Privatisierungen und Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden, schiebt die Bundesregierung jetzt die Schuld auf Flüchtlinge, die im Winter in Zelten und



Auf der Flucht: Rund 230 Millionen Kinder erleben Krieg.

Turnhallen übernachten müssen. Stattdessen fordern wir ein Sofortprogramm für den sozialen Wohnungsbau mit 500.000 Wohnungen: für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge. Leerstehende Wohnungen müssen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

„Flüchtlinge bekommen so viel Geld, deshalb haben sie auch die neuesten Handys.“

Flüchtlinge bekommen weniger Geld als bei Hartz IV, also weniger als das Existenzminimum. In den ersten Monaten bekommen sie vielerorts sogar statt Bargeld nur noch Sachleistungen oder Gutscheine. Wie das Bundesverfassungsgericht schon einmal entschieden hat, dürfen Flüchtlinge nicht schlechter gestellt werden. Dass manche Flüchtlinge ein Handy besitzen, liegt daran, dass viele es auf ihrer Flucht mitgebracht haben: Notwendig, um auf der Flucht zu kommunizieren, um den Kontakt zur Familie zu halten, um im Zufluchtsland zurechtzufinden.

„Es kommen zu viele Muslime. Das halten unsere Kultur und Werte auf Dauer nicht aus.“

Zu unseren Werten gehört Religionsfreiheit. Zwar gibt es auch muslimische Menschen, die religiöse Fundamentalisten sind, aber sie stellen eine verschwindend geringe Minderheit dar. Was unsere Werte und Kultur tatsächlich nicht aushalten, sind die massenhaften Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Hassparolen und Gewalt

gegen Schutzsuchende und jene, die sie willkommen heißen.

„Dort, wo Flüchtlingsheime sind, steigt die Kriminalität.“

Weil fast täglich Flüchtlingsunterkünfte brennen! Das Problem ist nicht die Kriminalität von Flüchtlingen, sondern die Kriminalität gegen Flüchtlinge. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge mehr oder weniger kriminell sind als andere Menschen. Wie überall gilt: Prekäre soziale Bedingungen, Armut und Arbeitslosigkeit sind wesentliche Grundlagen für Kriminalität. Auch wenn Menschen auf engem Raum über lange Zeit zusammen gepercht werden, kann das Aggressionen schüren. Wer also Kriminalität wirklich bekämpfen will, der muss die Armut bekämpfen und die Menschen vernünftig unterbringen.

„Und wer soll das alles bezahlen, wenn so viele Flüchtlinge versorgt werden müssen?“

10 Milliarden Euro wird die Bundesregierung von diesem bis zum Ende des kommenden Jahres für Flüchtlinge ausgeben. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Von einer Finanzkrise aufgrund der Flüchtlinge kann also gar keine Rede sein. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar: für bezahlbare Wohnungen für alle, mehr Geld für die Kommunen, um Flüchtlinge anständig unterzubringen und mehr Mittel für Qualifizierung, Integration und Sprachkurse.

„Jetzt kommen auch noch Terroristen mit ins Land.“

Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan oder Libyen fliehen genau vor diesem Terror, der in Paris stattfand. Die, die in Paris die Anschläge verübten, waren keine Flüchtlinge, sie stammen aus Europa. Die beste Bekämpfung des Terrorismus ist eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Menschlichkeit für alle — und ein entschlossenes, rechtsstaatliches Vorgehen gegen die Terroristen.



Am 12. Juni 1999 begann der Einsatz der deutschen Bundeswehr im Kosovo. Innerhalb der multinationalen Kosovo-Schutztruppe, KFOR, waren zeitweise mehr als 2.800 deutsche Soldaten vor Ort. Derzeit sind es 737.



Roma sollen wieder in den Kosovo – ein „sicheres Land“ – abgeschoben werden.

Fotos: UNICEF/Vadrin Xhemaj/Besnik Hamiti/Archiv

Mit einem Bürgergutachten in eine neue Phase des Bürgerdialogs!?

Der 2014 vom Oberbürgermeister zur Chefsache erklärte Bürgerdialog zur Neuordnung des Bereiches Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche ist ins Stocken geraten. Ziel der Bürgerbeteiligung war und ist es, entsprechend der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses die Sanierungsziele für diesen Bereich, also den B-Plan Nr.1, anzupassen oder auch nicht.

Ende April 2015 fand zum Auftakt dieses Dialogverfahrens eine Informationsveranstaltung statt, in der aber wieder nur die bekannten Positionen der Befürworter und Gegner des Wiederaufbaus der Garnisonkirche aufeinander prallten, die festgefahrene Situation nur noch festgefahrener wurde. Um herauszufinden, ob alle Beteiligten überhaupt in einem gemeinsamen Beteiligungsverfahren zusammen zu führen sind, wurden dann Gespräche geführt und ausgewertet. Dem Hauptausschuss wurde im Dezember 2015 die Idee vorgestellt, über ein zu erstellendes Bürgergutachten als zentraler Bestandteil des Dialogverfahrens dieses wieder in Gang zu bringen und so eine „Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen“ für die Gestaltung des Areals zu schaffen. Das Instrument des Bürgergutachtens ist bisher in Potsdam noch nicht zur Anwendung gekommen. In anderen Kommunen hat es offenbar zur Entschärfung langwieriger und zugespitzter Konflikte beigetragen. 25 zufällig über das Einwohnerregister auszuwählende BürgerInnen stehen dann vor der Herausforderung, in Gesprächen mit allen am Dialog Beteiligten die Positionen zu sondieren und in Lösungsvorschlägen zusammenzufassen. Das kann aber nur gelingen, wenn alle Beteiligten dieses Verfahren akzeptieren und nicht aus dem Prozess aussteigen. Das geplante Bürgergutachten ist auch auf Skepsis gestoßen. Das kann daran liegen, dass es noch nicht hinreichend erläutert wurde und noch viel Fragen offen sind. Es ist noch nicht vereinbart, welchen Grad an politischer Verbindlichkeit die über das Gutachten vorgelegten Lösungsvorschläge haben werden, wie weiter mit ihnen umgegangen werden soll.

Wir sprechen uns dafür aus, über das Bürgergutachten wieder Bewegung in den Prozess zu bringen, mahnen gleichzeitig aber auch erneut die zwingende Notwendigkeit der Durchführung einer Bürgerbefragung an. Das Bürgergutachten kann und darf diese nicht ersetzen. DIE LINKE steht nach wie vor für eine breite, umfassende Beteiligung von BürgerInnen an der Vorbereitung wichtiger politischer Entscheidungen. -sm

Biotonne ab 2016 stadtweit in Aktion

Der Bundesgesetzgeber fordert, seit Januar 2015 Bioabfälle gesondert zu entsorgen. Nach Abschluss der Pilotprojekte in Potsdam-West und Schlaatz stehen Biotonnen ab Januar 2016 flächendeckend in Potsdam zur Verfügung. Nach Verwaltungsvorschlag beträgt die Jahresgebühr für wöchentliche Leerung einer 60 Liter-Tonne, das ist die kleinste wählbare Einheit, 76,39 Euro zusätzlich zur sonstigen Müllgebühr! Unsere Linksfraktion vertritt den Standpunkt, dass auch Müllentsorgung sozial verträglich bezahlbar bleiben soll. Mein Änderungsvorschlag, auch 14-tägliche Leerung von Biotonnen zu ermöglichen, fand bereits im KOUL-Ausschuß Zustimmung. Die Verwaltung machte Probleme geltend, die dafür entsprechende Gebühr kurzfristig zu ermitteln. Die Satzung jedoch kann nur mit einer bekannten Gebühr beschlossen werden. Die Rathauskooperation plante zunächst, erst im September 2016 über diese Änderung zu befinden und bis dahin wöchentliche Leerungen aller Behälter durchzuführen, egal ob die Biotonnen voll oder halb leer sind. Nach leidenschaftlichen Beiträgen von Hans-Jürgen Scharfenberg



und mir in der SVV und einer Auszeit einigten sich die Stadtverordneten dann mit unserem Antrag auf einen Kompromiss. Nun muss die Verwaltung bis spätestens März 2016 sachgerechte Gebühren auch für 14-tägliche Leerung ermitteln. Wem die Tonnen zu klein sind, der kann auch größere bestellen. 14-tägliche Leerung von 120 Liter ist immer noch billiger als wöchentliche Leerung von 60 Liter! Damit wird der Weg frei gemacht, bereits im Frühjahr 2016 optimierte Abholzyklen ein-

zuführen und effektiv Kosten zu sparen, die sich in geringeren Gebühren für viele Potsdamer auswirken werden. Das verringert den Anstieg der Wohnkosten und die Umweltbelastung durch LKW-Verkehr gegenüber dem Erstentwurf der Verwaltung. Weitere Kosteneinsparungen sind durch Optimierung von Behältergrößen und Vereinheitlichung von Touren möglich. Diesem Kompromiss im Interesse der Potsdamer haben wir zugestimmt.

Ralf Jäkel

Verschärfung der Verkehrssituation Zentrum Ost

Die Linksfraktion hat der Stadtverordnetenversammlung im Dezember einen Antrag zur überraschenden Schließung der Abfahrt von der Nuthestraße in den Humboldtring vorgelegt. Diese Verkehrsmaßnahme ist als schlechtes Beispiel für Bürgerbeteiligung auf viel Unverständnis und Widerspruch gestoßen. So sind fünf Tage nach einer Presseinformation schon vollendete Tatsachen geschaffen worden.

Begründet wurde die Maßnahme damit,

dass die Bewohner eine Verkehrsberuhigung gefordert hätten. Es wirkt wie Hohn, dass das Abklemmen des Humboldtrings von der Schnellstraße mit der Führung der Fahrzeuge über einen Bypass durch die Lotte-Pulewka-Straße ausgeglichen werden soll. Das ist eine teuer erkaufte „Verkehrsberuhigung“, denn die Anwohner der ohnehin stark belasteten und nie dafür ausgelegten Lotte-Pulewka-Straße können zusätzlichen Verkehr kaum verkraften. So gibt es dort,

trotz intensiven Radverkehrs, keinen Radweg. Verschärft werden die Probleme durch den Anlieger e-plus und durch die gleichberechtigten Straßen. Die negativen Auswirkungen der neuen Regelung kann man insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten verfolgen. Zudem ist sowohl in der Lotte-Pulewka-Straße als auch am Humboldtring mit einem erheblichen Zuwachs an Wohnungen durch Wohnungsneubau zu rechnen. Alternativ besteht die Möglichkeit, über die Friedrich-List-Straße, also einen Umweg von etwa zwei Kilometern, nach Umfahrung des gesamten Wohngebietes zum Humboldtring zu gelangen. Im Namen der Anwohner warb Michael Quabis, der Rederecht vor der Stadtverordnetenversammlung erhalten hatte, für die Annahme des Antrages der Linksfraktion und für eine Einwohnerversammlung in Zentrum Ost. Nach der Überweisung durch die Stadtverordnetenversammlung wird sich jetzt der Bauausschuss mit dem Anliegen befassen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Friseurin wagt mit Freundinnen den Schritt in die Selbstständigkeit

Seit dem 01. Juli gibt es in der Kastanienallee 35 einen neuen Friseursalon, der neben schicken Frisuren auch eine gemütliche, gefühlvolle Atmosphäre verspricht: „Schnittgefühl“. Tina Lange aus dem Ortsvorstand DIE LINKE.Potsdam-West sprach mit der Eigentümerin Jennifer K. (2.v.l.) über den großen Schritt in die Selbstständigkeit.

Jennifer hatte zuvor bei einer anderen Friseur-Firma in der Haecelstr. 1 gearbeitet, spielte aber mit Gedanken für ihren eigenen Salon, seitdem sie ihren Meister gemacht hatte. Ihr großes Glück ist, dass ihre drei ehemaligen Kolleginnen den großen Schritt mitmachten und nun für sie arbeiten wollten.

Erklärtes Ziel des 4-köpfigen Teams war es, einen Salon in familiärer, entspannter und lockerer Atmosphäre zu schaffen –

für die Kunden, aber auch für sie selbst. Daher auch der Name „Schnittgefühl“. Jennifer's Mitarbeiterin Bianca F. (1.v.l.) erklärt, dass sie mit den neuen Arbeitsbedingungen sehr zufrieden sei, es ist wesentlich entspannter und gibt mehr Gestaltungsspielraum – die Arbeitsbedingungen stimmen, das finanzielle auch. Bianca war ohnehin bereits auf der Suche nach einem neuen Job. Und mit der Selbstständigkeit ihrer Freundin war die ideale Gelegenheit gekommen, weiterhin hier in ihrem Kiez und sogar mit ihren befreundeten Kolleginnen zu arbeiten.

Jennifer berichtet, dass der Schritt nicht leicht war: Der bereits 1,5 Jahre leer stehende Salon musste in Eigenleistung hergerichtet, alle Formalitäten bewältigt werden – aber das Mehr an Papierkram macht sie gern

für ihren Traumsalon. Das sehen auch die Kunden so: Steffen ist einer von vielen Kunden, der seinen Friseuren treu geblieben ist und nun immer in den neuen Salon geht. Er freut sich, dass die Arbeitszufriedenheit sichtbar gestiegen ist und die Gewinne nun direkt bei den Friseuren ankommen.

Das Friseurhandwerk leidet seit Jahren massiv unter Lohn- und Preisdumping oft weit unter Mindestlohn. „Schnittgefühl“ hat sich zum Ziel gesetzt, Friseur*innen zu fairen Preisen und ohne Termine anzubieten und dafür auch ihre Mitarbeiterinnen fair zu bezahlen – DIE LINKE.Potsdam-West begrüßt diesen Schritt außerordentlich. Der Salon ist auch auf Facebook zu finden unter: Schnittgefühl-Potsdam.de

Tina Lange



Weiter Ärger am Luftschiffhafen – SportlerInnen müssen draufzahlen

Im Zuge der voranschreitenden Aufwertung des gesamten Luftschiffhafenareals gibt es seit dem Sommer am Luftschiffhafen ein privat betriebenes Parkhaus mit völlig überhöhten Preisen von 1,50€ pro Stunde (die 1. Stunde 1€) und maximal 7€ am Tag. Parallel dazu wurden sämtliche vorher kostenlos vorhandenen und im Normalbetrieb ausreichenden Parkplätze auf dem Gelände abgeschafft, sodass SportlerInnen, Eltern von Sport treibenden Kindern und auch ehrenamtliche ÜbungsleiterInnen etc. darauf angewiesen sind das Parkhaus zu nutzen.

Nicht alle NutzerInnen des Luftschiffhafens können mit der Bahn oder dem Fahrrad anreisen, zumal die Anbindung gerade abends nicht mehr optimal ist und der Luftschiffhafen ein überregional genutztes Objekt ist. In der unmittelbaren Umgebung gibt es nun nur noch die wenigen Parkplätze in Richtung Kongresshotel, und es gibt seitdem zunehmend Probleme mit wildem Parken. Klar – wer ohnehin schon Geld für

den Sport ausgibt, sieht nicht ein, jetzt noch weitere 3,50€ für 2 Stunden Sport plus An- und Abreise auszugeben, zumal das Parkhaus teilweise recht weit von den Sportgebäuden entfernt steht und damit unkomfortabel ist. Die Stadt indes ist sich des Problems wohl bewusst und verteilt durch das Ordnungsamt selbst um 21.00 Uhr noch Strafzettel.

Besonders prekär ist die Situation für Eltern, die für ihre Kinder zum Bringen und Abholen gleich doppelt zahlen müssen sowie für die ehrenamtlichen ÜbungsleiterInnen, die nun auch noch drauf zahlen.

Das Parkhaus mag

sinnvoll sein, wenn es um die Nutzung der MBS Arena bei Veranstaltungen geht, im Normalbetrieb sorgt es aber für Unmut bei den Betroffenen und wird auch nicht angenommen – meist ist es fast leer. Eine Lösung könnten flexible Preise sein, die sich zu Veranstaltungen im Stadion zeitlich ändern. Zudem sollte die 1. Stunde Parken generell kostenlos sein für bringende und holende Eltern.

-t/



Eiche wächst – und der ÖPNV?!

In kurzer Zeit ist im Ortsteil Eiche das neue Wohngebiet Eiche II entstanden. Etliche Bewohner sind bereits eingezogen! Wir freuen uns mit den Studenten und anderen Bewohnern, dass sie ein neues Zuhause an schöner Stelle gefunden haben. Entlang der „Carl-Dähne-Straße“ und der Straße „Zum Düsternen Teich“ sortieren sich die neuen Adressen. Der Ortsbeirat Eiche engagiert sich für eine gute fußläufige Anbindung aus dem Neubaugebiet zum Erholungsraum bei dem gleichnamigen Teich im NSG in unmittelbarer Nähe. Wir gemeinsam und ich persönlich haben Initiativen zur Aufwertung des Biotops ergriffen. Im Zusammenhang mit dem neuen Wohngebiet steht auch die Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur. Im kommenden Jahr steht die Verlängerung der Linksabbiegespur in der Kaiser-Friedrich-Straße nach links zur Amundsenstraße zur baulichen Realisierung an, die der Ortsbeirat mit dem Investor und der Stadt Potsdam im Rahmen des städtebaulichen Vertrages Eiche II ausgehandelt hat, um die Stauanfälligkeit der Einfahrtskreuzung nach Eiche zu verringern. Gemeinsam mit Herrn Winkowski bin ich ein gutes Stück weiter gekommen beim Bemühen um eine Haltestellenüberdachung für die Bushaltestelle vor „Netto“. Wir konnten „Netto“ dafür gewinnen und nun werden konkrete Verhandlungen zur Umsetzung geführt, damit Busfahrgäste nicht länger im Regen stehen müssen. Wir streiten für Verbesserungen des ÖPNV, um dem Einwohnerwachstum zu entsprechen. Wir kämpfen für dichtere Regionalbahntakte nach Golm. Leider stoßen unsere sehr konkreten Vorschläge derzeit beim Land Brandenburg und der DB auf taube Ohren. Umso wichtiger wird es sein, die Möglichkeit zu erhalten, die als Ortsumgehung Potsdam mit Havelspanne und Westtangente bezeichnete und vom Bund finanzierte Umgehungsstraße entlang der Eisenbahnstrecken zu schaffen. Leider ist die Akzeptanz dafür in der Potsdamer SVV derzeit unzureichend entwickelt. Wir wollen, dass Potsdam insgesamt und auch der Ortsteil Eiche lebenswert bleiben und ein Verkehrschaos mit Staus und Grenzwertüberschreitungen dauerhaft vermieden wird.

Ralf Jäkel.

Ehrung für zwei engagierte Ehrenamtliche von „Il Ponte“

Für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement im Verein „Il Ponte - Brandenburgische Gesellschaft der Freunde Italiens“ sind am 7. Dezember 2015 zwei Potsdamer mit dem Eintrag ins Goldene Buch der Landeshauptstadt Potsdam geehrt worden. Es handelt sich dabei um die Vorsitzende des Vereins, Maria-Luisa Döring, und den Geher-Olympiasieger von 1972, Peter Frenkel. Die Laudatio hielt Oberbürgermeister Jann Jakobs.



Maria-Luisa Döring und Peter Frenkel tragen sich ins Goldene Buch der Stadt ein

Zeitensprüngeteams gesucht

Spannende Geschichten gibt es überall. Junge Leute sollen sie nur: Entdecken – Erforschen – Dokumentieren – Bekanntmachen! Mit dem Jugendprogramm Zeiteinsprünge sucht der Landesjugendring Brandenburg e. V. auch 2016 wieder spannende Geschichten aus unserer Heimatregion. Der Forschungszeitraum bezieht sich auf die letzten 100 Jahre.

Teilnehmen können Jugendgruppen aus Brandenburg im Alter von vornehmlich 12–21 Jahren. Freie Träger der Jugendarbeit, also Jugendeinrichtungen, Jugendverbände, Kirchengemeinden oder Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen sind aufgerufen sich bei dem Jugendprogramm zu bewerben. Die Kooperation mit Schulen, Museen und Gedenkstätten ist ausdrücklich erwünscht.

Über die Auswahl der Förderprojekte entscheidet eine Jury. Die Projektarbeit startet am 1. April 2016 und endet am 30. November 2016.

Das Antragsformular kann man unter www.zeiteinsprunge-brandenburg.de herunterladen. Der Antragsschluss ist der 31.1.2016.

Spendenübergabe an die „Spirellibande“



Im Namen der Potsdamer LINKEN haben am 9. Dezember Jana Schulze und Sascha Krämer die Spenden in Höhe von 450 Euro, die auf der Gesamtmittgliederversammlung gesammelt wurden, der Spirellibande übergeben. Die Spirellibande hat es sich zur Aufgabe gemacht, allen Kinder in der Schule ein gesundes, frisch zubereitetes und kostenfreies Frühstück anzubieten. Zur Zeit wird das Frühstück an sieben Potsdamer Schulen angeboten. Ein tolles Projekt und vielen Dank an die ehrenamtlichen HelferInnen.

Weihnachtsvorfremde im STERN*Zeichen

„Zwischen Frühstück und Gänsebraten“ trafen sich viele Potsdamer im Bürgerhaus STERN*Zeichen. Nicht zum 1. Weihnachtstag, sondern für den 12. Dezember hatte das Haus eingeladen. Prominentester Gast war Petra Quermann, die gemeinsam mit ihrem Gatten die Erinnerung an den geliebten Vater und seine

Familie Quermann von vielen Zusehern des Programms, wenn Vater Heinz die Ansage, dass jetzt die Kartoffeln aufgesetzt werden könnten, zu früh machte, oder die Kartoffeln wegen der Programm-Überziehung anbrannten, die so demolierten Kochtöpfe geschickt bekam, dass man ein ganzes Museum hätte füllen können. Ein Schmunzeln ging durch den überfüllten Saal, als der Sketch zwischen Cohrs und Köfer auf der Leinwand erschien und Cohrs preisgab, dass er beim Werbe-zirkus Mando sofort anfangen könne und Köfer ihm klar-machte, dass es sich um das Wehrbezirkskommando handele, das ihn einberufen wolle.



Weihnachtssendung in Erinnerung brachte. Namhafte Künstler hatte der Vater stets begrüßen können. Diesmal waren die bekanntesten und immer noch beliebtesten von ihnen zumindest auf der Leinwand zu sehen, dazwischen moderiert von seiner Tochter Petra. Zu den Anekdoten gehört ja auch, dass die

Schnell verging im überfüllten Saal der Vormittag. Die Kartoffeln selbst waren im STERN*Zeichen rechtzeitig angesetzt, so dass das Publikum zu Gänsekeule, Rotkraut und Kartoffeln Platz nehmen konnte. Der Wunsch war fast einhellig: 2016 noch einmal.

Dieter Scharlock

SUDOKU

Auflösung Dezember

9			5	2		7		3
				1		9		
2	6		3					
						2		1
3	4						7	8
1		2						
				1			8	4
		3		7				
4	6		9	3				7

1	7	9	3	2	8	6	4	5
6	4	2	9	1	5	8	3	7
8	3	5	6	4	7	1	9	2
3	5	1	4	8	9	2	7	6
7	2	6	1	5	3	9	8	4
4	9	8	7	6	2	5	1	3
5	6	7	8	9	4	3	2	1
9	1	3	2	7	6	4	5	8
2	8	4	5	3	1	7	6	9

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 05.01.2016, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“ *



XIX. LMV
09.01.16
FREILAND
POTSDAM

Sonabend, 09.01.2016, 10.30 Uhr:
‘solid tagt im „freiland“

Montag, 11.01.2016, 14.30 Uhr:
„Unser Planet - die Erde von oben betrachtet (5) - Nahrung für uns Menschen“. Eine filmische Reise von der Karibik über Europa und Indien bis nach Indonesien. *

Freitag, 15.01.2016, 17.00 Uhr:
Gedenken der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in der Hegelallee 38.

Sonntag, 17.01.2016, 11.00 Uhr:
Gedenken der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Neuen Lustgarten Potsdam

Montag, 18.01.2016, 14.30 Uhr:
Eine botanische Reise nach Estland mit Herrn Prof. Dr. Klaus Klopfer. *

Dienstag, 19.01.2016, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du“ - ein Nachmittag mit Spiel und Spaß *

Montag, 25.01.2016, 14.30 Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik (XII) - der Berliner liebt Musik“ (Teil 2) *

Dienstag, 26.01.2016, 19.00 Uhr:
„Zu den Herausforderungen und Problemen der Friedensbewegung angesichts aktueller Kriegsgefahren und der weltweiten Flüchtlingsbewegung“. Veranstaltung der Regionalgruppe Potsdam des RotFuchs Förder-

vereins im Seminarraum, Haus 1 des Jugendzentrums „freiland“. Fr.-Engels-Str. 22. mit dem Friedensaktivisten Reiner Braun.

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost